



Zeit, dass sich was dreht ...

Mit großer Spannung wurde Ende März der Abschlussbericht zur „Evaluation der Polizeistrukturreform Baden-Württemberg“ erwartet. Wenige Zeit nach Vorlage des Berichts beim Innenministerium wurden Inhalte daraus in verschiedenen Medien veröffentlicht. Seither kursieren unterschiedliche Spekulationen, Auslegungen und teils wilde Gerüchte. Im Interesse vieler dadurch verunsicherten Kolleginnen und Kollegen versuchen wir, mit einem etwas ausführlicheren Interview damit aufzuräumen.

Artikel in dieser Ausgabe

1. Polizeireform, Evaluation, Reform der Reform

Fakten und Gerüchte: Im Gespräch mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer

2. Drohnen für die Polizei?

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen sind entsprechend gekennzeichnet

Polizeireform, Evaluation, Reform der Reform Fakten und Gerüchte: Im Gespräch mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer.

Der Landesvorsitzende des DPoIG Landesverbands Baden-Württemberg, Ralf Kusterer, stand der ID-Redaktion Anfang Juni Rede und Antwort, was die aktuelle Situation rund um die Evaluation der Polizeireform betrifft.

ID-Redaktion: Herr Kusterer, wann und durch wen hat die DPoIG Baden-Württemberg das mit Spannung erwartete Ergebnispapier erhalten?

Ralf Kusterer: „Mit Mail vom 28. März 2017, 13:07 Uhr, hat Innenminister Strobl der DPoIG den *Abschlussbericht Evaluation der Polizeistrukturen Baden-Württemberg* übersandt. Dazu teilte der Minister mit, dass im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU Baden-Württemberg vereinbart wurde, die Polizeistrukturen ausgehend vom Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf eine orts- und bürgernahe Polizei umfassend und zeitnah zu evaluieren. Am 28. März habe ihm der Lenkungsausschuss seinen Abschlussbericht vorgelegt, den er uns gerne am selben Tage übersende. Unterdessen wurde der Abschlussbericht in den verschiedensten Medien veröffentlicht und steht allen Kollegen/innen zur Verfügung.“

Nun liegt es bei den politischen Entscheidungsträgern, die Erkenntnisse und Empfehlungen sorgfältig zu analysieren und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Spätestens jedoch vor der Sommerpause 2017 – so das Ziel des Ministers – muss die Politik zu einer tragfähigen politischen Entscheidung kommen, die den Anforderungen an eine effiziente, bürgernahe und leistungsstarke Polizei in Stadt und Land gerecht wird.“

ID-Redaktion: Was ist seither geschehen?

Ralf Kusterer: Das Kabinett hat sich



Nahm sich Zeit für die Fragen der ID-Redaktion: Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender

dazu entschieden eine ministerielle Arbeitsgruppe zur detaillierten Berechnung der Kosten einzusetzen. Nach DPoIG-Informationen gehört dieser Arbeitsgruppe der MD des Innenministeriums, Julian Würtenberger, der MD des Finanzministeriums, Jörg Kraus, und MDgt. Dr. Florian Stegmann, Leiter der Abteilung 1 (Finanzen) des Staatsministeriums, an.

Von der Hausspitze des Innenministeriums wurde zunächst das Landespolizeipräsidium damit beauftragt, die Ergebnisse des Projekts und letztlich auch die Empfehlungen des Lenkungsausschusses auf deren Auswirkungen auf die Polizeiorganisation zu analysieren und weitere Detailberechnungen vorzunehmen. Im Abschlussbericht wurde bereits klar ausgeführt, dass Berechnungen nicht in allen Bereichen abschließend vorgenommen werden konnten. Diese Berechnungen wurden nach DPoIG-Informationen bereits der ministeriellen Arbeitsgruppe übergeben. In der Presse wurden bereits Befürchtungen geäußert, dass jetzt diejenige,

die damals für die Berechnungen der Polizeireform zuständig waren, jetzt die Reform der Reform schlechtrechnen würden. Eine solche Behauptung ist unseres Erachtens nur möglich, wenn man auch tatsächlich die Berechnungen kennt und sich daraus eindeutige Fakten dafür ergeben. Wir vertrauen hier bislang auf eine ordentliche Arbeit des Landespolizeipräsidiums und werden selbstverständlich den Bericht auch nochmals kritisch unter Einbeziehung der Expertise vor Ort überprüfen. Der Bericht wurde zusätzlich auch vom EvaPol-Team nochmals gegengeprüft.

Zwischenzeitlich haben sich der Innenausschuss des Landtags und verschiedene Fraktionsgremien mit dem Thema befasst. Nach Informationen der DPoIG soll seitens des Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Landtagsfraktion auch die Bitte geäußert worden sein, das u.a. von den DPoIG Kreisverbänden Mannheim und Heidelberg, sowie dem dortigen DPoIG-Bezirksverband geforderte 15. Polizeipräsidium zu prüfen. Zwar nur mit den Bereichen Mannheim und Heidelberg und nicht mit dem vom DPoIG-Kreisverband Mosbach geforderten Neckar-Odenwald-Kreis. Aber rechnerisch dürfte sich bei einer Neuschaffung des „15. Präsidiums“ die Einbeziehung des ehemaligen PD-Mosbach-Bereich kaum auswirken.

ID-Redaktion: Wie geht es weiter?

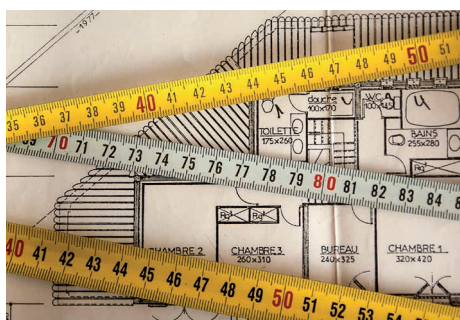
Ralf Kusterer: „Ursprünglich war wohl vorgesehen, dass bereits am 30. Mai 2017 die Befassung einer vom Innenministerium gefertigten Kabinettsvorlage im Ministerrat erfolgen sollte. Zwischenzeitlich scheint dies aber auf den 20. Juni 2017 vertagt zu sein. Und sollte es am 20. Juni nicht behandelt werden können, so gibt es

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

noch mindestens drei Möglichkeiten einer Befassung im Kabinett bis zu den Sommerferien, nämlich am 11., 18. oder 25. Juli.

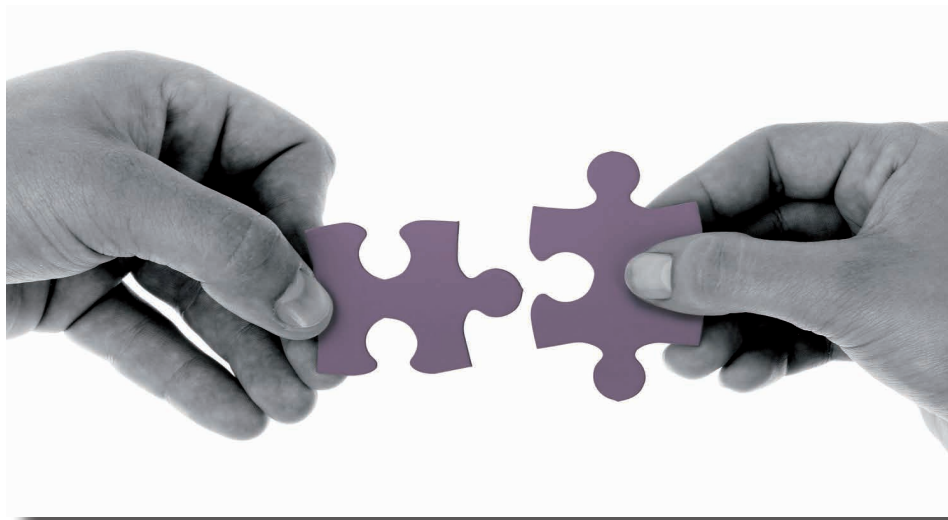
Aktuell befasst sich nach Informationen der DPoIG eine Arbeitsgruppe beim Finanzministerium mit den Liegenschaften. Die Ämter von Vermögen und Bau haben dabei den Auftrag erhalten, mögliche Liegenschaften zu prüfen und eine sogenannte sachverständige Schätzung vorzunehmen. Vermutlich dürfte das auch der Grund dafür sein, dass man noch länger Zeit benötigt, damit diese Arbeitsgruppe ihre Bewertung vornehmen kann. Nach meinen Informationen soll diese Schätzung am 9. Juli dem Finanzministerium vorliegen. Danach folgt durch die ministerielle Arbeitsgruppe eine Gesamtbewertung. Das Zahlengerüst soll im Anschluss daran den Landtagsfraktionen der Grünen und der CDU vorgestellt werden.“



Landesweit werden Liegenschaften geprüft, Bild: Pixabay

ID-Redaktion: Welche Prognosen und Einschätzungen gibt es?

Ralf Kusterer: „Natürlich gibt es kaum offizielle Verlautbarungen. Politisch ist ein Kampf, insbesondere im Bereich des Polizeipräsidiams Tuttlingen, entbrannt. Jeder möchte gerne einen Präsidiums- bzw. KPDir-Sitz (Rottweil, Villingen-Schwenningen, Singen...), die Tuttlinger wollen das Präsidium gerne behalten und die Konstanzer ihren Sitz auch nicht hergeben. Unterdessen glaubt wirklich kaum noch einer, dass sich für den Bereich des Polizeipräsidiams Tuttlingen NICHTS verändert wird. Zumal in allen Modellen dieser Bereich tangiert ist.



Was passt zusammen?, Bild: Pixabay

ID-Redaktion: Sie sprachen länger schon mal von gemachten Zusagen des Ministers und des Staatssekretärs?

Ralf Kusterer: „Die DPoIG ist sich sowohl mit dem Minister wie auch mit dem Staatssekretär einig, dass es ein Interessenbekundungsverfahren und eine sozialverträgliche Umsetzung geben wird. Dabei wird sich die sozialverträgliche Umsetzung sicher an der Dienstvereinbarung zur sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform orientieren. Darauf können sich alle Betroffene verlassen. Mir persönlich schwebt dabei ein gestuftes Interessenbekundungsverfahren (IBV) vor, bei dem zuerst alle unmittelbar jetzt betroffen Kolleginnen und Kollegen und diejenigen, die bei der letzten Reform betroffen waren, ihre Wünsche äußern können. Erst danach sollte es ein Verfahren geben, bei dem freie Stellen von jetzt Nicht-Betroffenen besetzt werden.“

ID-Redaktion: Die Ergebnisse salopp als back to the roots abzutun, wäre falsch?!

Ralf Kusterer: „Wenn es einen Bereich gibt in dem unter diesem Slogan deutlich die Freude überwiegt, dann ist das sicherlich Pforzheim und der Enzkreis. Für viele Kolleginnen und Kollegen bedeutet es, dass sie nicht mehr die Fahrt nach Karlsruhe auf sich nehmen müssen. So etwa Kollegen der ehemaligen Pforzheimer FLZ, welche in Karlsruhe in einem separa-

ten Raum arbeiten und den Funkkreis Pforzheim plus bedienen. Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte können zurückkehren. Da braucht man keine großen Reserven für Trennungsgelder bilden. Für viele Calwer und Freudenstädter wird sich nichts ändern, es sei denn die Chance, mit einer klugen polizeilichen Infrastruktur auch diese Bereiche endlich wieder anzubinden und nicht weiter abzuschneiden. Liegenschaften stehen dort zur Verfügung.“

ID-Redaktion: Viele fürchten, durch die Umstrukturierungen würden stärker ländlich geprägte Präsidien zu strukturellen Enddienststellen verkümmern.

Ralf Kusterer: „Ja, unterdessen sorgen sich manche darüber, dass bei einem 14er-Modell und dem Verlust von Waiblingen das mit Heidenheim neugebildete Polizeipräsidium Aalen zur Enddienststelle wird. Aber was bedeutet Enddienststelle? Vermutlich ist damit die Dienststelle gemeint, bei der man endlich angekommen ist, in der Nähe seines Wohnortes. So ganz mag man dieses vermeintliche Schimpfwort deshalb nicht verstehen. Ganze Generationen von Polizeibeschäftigten sind gerade aus diesen Bereichen gekomme und sind erst nach vielen Zwangsjahren in den Ballungsräumen von Böblingen, Esslingen, Stuttgart, und vermutlich

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht zuletzt Waiblingen, zurück in ihre Heimat gekommen. Und sie haben dort eben nicht ein schönes Bänkchen in der Sonne gesucht, auf dem man es sich gemütlich machen kann. Vielmehr bringen sie engagiert ihre Fähigkeiten ein, um professionell die Sicherheit in ihrer Heimat zu gewährleisten. Mit aus unserer Sicht wenigen Ausnahmen bei der Kriminalpolizei und des Führungsstabes, wird sich die Betroffenheit dort in Grenzen halten. Die sich bietenden Chancen, insbesondere im Bereich der Kriminalpolizei mit einer nahezu 100%igen zweigeteilten Laufbahn, sind sicher nicht schlecht.“

ID-Redaktion: Reutlingen folgt zufällig dem einstigen 18er-Modell der Grünen?

Ralf Kusterer: „Manche haben es schon verdrängt. Die geplanten Veränderungen im 14er-Modell hinsichtlich des Polizeipräsidiums Reutlingen mit Balingen, Tübingen und Reutlingen entsprechen einem Teil des ursprünglichen 18er-Modells der Grünen. Zumindest die DPoIG erreichen eher positive Rückmeldungen. Chancen für Tübingen, vielleicht als neuer und ehemaliger Kripo-Standort. Manche munkeln: „Vielleicht wird doch alles wieder gut.“



Bekommt die Hölderlin-Stadt Tübingen bald einen Kripo-Sitz? Bild: Pixabay

ID-Redaktion: Da wir gerade im Gespräch dabei sind ...Esslingen-Waiblingen?

Ralf Kusterer: „Zwei Bereiche der ehemaligen LPD Stuttgart werden zusammengeführt. Spannend dürfte dabei sein, wo der Sitz des Poli-

zeipräsidiums verortet und vielleicht die Kripo-Direktion verbleiben wird. Reicht das bestehende Interims-FLZ mit leichten baulichen Veränderungen aus und wäre damit der präsidiale Sitz bereits ausgemacht, wie es einige gemäß polizeifachlicher Einschätzung äußern?“

ID-Redaktion: Wird die Kabinettsvorlage eine Detailregelung enthalten?

Ralf Kusterer: „Davon ist eher nicht auszugehen. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Zuschnitte vereinbart werden und einige zentrale Vorgaben wie beispielsweise der Bestand der Verkehrspolizeidirektionen entschieden wird. Die DPoIG geht dabei aktuell noch davon aus, dass alles Weitere entgegen der großen SPD-Polizeireform in einem Umsetzungsprojekt vor Ort entschieden und geplant wird. Und dies macht sicher auch Sinn – allerdings mit den entsprechenden Kompetenzen im Umsetzungsprojekt.“

ID-Redaktion: Darf man annehmen, dass trotz einer Umsetzung vor Ort landesweit Gleiches gleich und Ungleiches entsprechend ungleich bewertet wird?

Ralf Kusterer: „An das Umsetzungsprojekt haben wir die Erwartung, dass man mit Fingerspitzengefühl und dem oft zitierten Skalpell ans Werk geht. Die Unterschiede im gesamten Land sind zu groß um überall - auch wenn die Voraussetzungen nicht gleich sind - gleiche Regelungen zu treffen.“

ID-Redaktion: Brauchen wir mit all den gewonnenen Erkenntnissen überhaupt Interimslösungen?

Ralf Kusterer: „Der Begriff *Interim* wird ja seit der Polizeireform mächtig strapaziert. Und wahrlich gibt es da Dinge über deren Interims-Finanzierung man den Kopf schütteln kann. Da werden Millionen im wahrsten Sinne des Wortes „verdummebutelt“. In der Reform deshalb, weil man schnell vollendete Tatsachen schaffen wollte. Aber diese Entwicklungsphase sollten wir doch deutlich hinter uns gelassen haben. Wir brauchen Geld an

allen Ecken und Enden. Und deshalb sollte man nicht erst Interimslösungen finanzieren sondern mit klugen Übergangslösungen arbeiten. Und eben schnell an der Fertigstellung der Endprojekte arbeiten, dies gilt insbesondere im kostenintensiven Bereich der Führungs- und Lagezentren.“

ID-Redaktion: Tuttlingen scheint bei diesen Reformüberlegungen etwas Besonderes zu sein?

Ralf Kusterer: „Ja, Tuttlingen ist etwas Besonderes, weil sich dort, zumindest für die Beschäftigten im unmittelbaren Bereich des Präsidiumssitzes, etwas verändert. Und zwar negativ verändert. Es ist nach derzeitigen Planungen das einzige Präsidium, das aufgelöst wird. Zwar wird der überwiegende Teil der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz behalten können, aber die Beschäftigten im Führungsstab, der Verwaltung und des FLZ werden höchstwahrscheinlich eine neue Aufgabe finden müssen. Und das kann auch den Arbeitsort betreffen.“



Bild: Onlinestreet.de

ID-Redaktion: Gibt es denn für diese Kolleginnen und Kollegen überhaupt irgendwelche Chancen?

Ralf Kusterer: „Das ist sicherlich für jeden einzelnen Betroffenen unterschiedlich. Die Personaldefizite innerhalb des PP Tuttlingen sind derzeit teilweise erheblich. In den Revieren gibt es Erfüllungsstände (VZÄ) mit bis zu 75%. Nach Berechnungen der DPoIG sind 20 Stellen unbesetzt. Rechnet man das in VZÄ könnte man weit aus mehr Beamte/innen unterbringen. Aber für viele Kollegen/innen ist es auch eine Bewertungsfrage.“

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zumal im ländlichen Bereich mit den geringen Dienstgruppen-Stärken kaum Stellen über A11 zu finden sind. Auch wenn kein Beamter seine höhere Besoldung verlieren wird. Auch bei den Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten sind nicht alle Stellen besetzt. Insbesondere hier könnte die Hochschule eine Perspektive sein. Weil, wenn die Planungen aus EVA-Pol umgesetzt werden, dort viele Stellen zusätzlich geschaffen werden.“



Stuhlrücken nach neuem IBV, Bild: Pixabay

ID-Redaktion: Was macht die DPoIG für die betroffenen Kollegen/innen?

Ralf Kusterer: „Mit der Ausnahme von Tuttlingen macht diese Reform der Reform Sinn. Die Frage kann nur sein, was man mit Tuttlingen und insbesondere für die betroffenen Kollegen/innen tun kann. Auch die Entwickler der Polizeireform hatten für Tuttlingen und Konstanz keine Lösung. Und auch heute hat noch keiner eine Lösung aufgezeigt, in dem die PP-Sitze Konstanz und Tuttlingen in einer neuen Struktur erhalten bleiben. Wer sich die ehemaligen Polizeidirektionen dort anschaut, der merkt, dass die Ur-Väter der Polizei kleine und leistungsfähige Polizeidirektionen geschaffen hatten, die eben nicht so ohne weiteres in irgendeiner Weise mit anderen Dienststellen zu verschmelzen sind. Ich bin der Auffassung, dass wir uns den Sorgen und Ängsten der betroffenen Beschäftigten annehmen müssen. Das heißt, vertretbare, sozialverträglich Lösungen suchen und finden. Unsere Bemühungen um ein IBV, eine sozialverträgliche Umsetzung und zeitliche Zwischenlösungen, wie den weiteren Betrieb der FLZ, um

Interimslösungen an anderer Stelle zu vermeiden, sind sicher solche. Und ich bin mir sicher, dass wir gute Lösungen finden können.“

ID-Redaktion: Die Gewerkschaft hat unerwartet Schützenhilfe bei den Forderungen nach mehr Personal bekommen. Auch der Lenkungsausschuss hat mehr Stellen gefordert.

Ralf Kusterer: „Es scheint so, als ob die Forderungen der DPoIG auf offene Ohren gestoßen sind. Nicht nur in der Zusage, dass alle Mehrbedarfe durch zusätzliche Stellen für die Reform der Reform zur Verfügung gestellt werden. Die Forderung der DPoIG auf weitere 2000 Stellen, nachdem die DPoIG-Forderung für 1500 Neustellen (600 NVZ und 900 PVD) bereits in der Umsetzung ist, hat bereits interne Planungen und Berechnungen ausgelöst. Auch in der Politik ist es angekommen, dass *nur Reform* keine Lösung ist. Wichtig ist auch hier: Weitere Einstellungen gehen nicht ohne einen signifikanten Ausbau der Hochschule in Villingen-Schwenningen sowie einem erwachsenengerechten Standard des neu zu schaffenden Aus- bzw. Fortbildungsstandorts in Herrenberg.“

ID-Redaktion: Aus einer Gerüchteküche kommen angeblich ja doch nur Gerüchte – oder ist an denen doch was Wahres dran?

Gerücht 1: Eine KPDirektion in Singen sei mit 20 Millionen veranschlagt?

Ralf Kusterer: „Wenn es so wäre, müsste man mehrere Fragezeichen über die Notwendigkeit und den Sinn machen. Die Planungen für die KPDirektion in Rottweil sind faktisch praktisch abgeschlossen - mit dem Anbau könnte begonnen werden. Aktuell beträgt die Nutzfläche ca. 3.000 m². Der geplante Anbau umfasst nochmal ca. 900 m². Bisher sind es 168 Arbeitsplätze. Durch den Anbau wären es 215 Arbeitsplätze. Die Baumaßnahme wurde mit 4,6 Millionen Euro veranschlagt. Warum man einen Neubau in Singen mit 20 Millionen veranschlagen würde entzieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht wird der Anbau auch nicht oder nur in geringerer Form benötigt,

gemäß Evaluationsbericht sollen ja die lokalen Kriminalkommissariate gestärkt werden. Vielleicht also doch eher ein Gerücht?

ID-Redaktion: Gerücht 2, Neubauplanungen einer KPDirektion in Pforzheim – für bis zu 18 Millionen?

Ralf Kusterer: „In Pforzheim werden alleine durch die Auflösung der VUA größere Räumlichkeiten frei. Weitere Räumlichkeiten stehen in Pforzheim zur Verfügung. Ob man dies dabei nicht berücksichtigt hat? Vielleicht doch eher auch ein Gerücht?“



Was soll man, was kann man glauben?, Bild: Pixabay

ID-Redaktion: Gerücht 3, Festhalten am Bau der KPDirektion in Karlsruhe?

Ralf Kusterer: „Es mag sein wie so oft. Wer mal von einem Bestandgebäude in einen Neubau gezogen ist, der hat schon am oft bezeichneten „Hansenstall-Büro“ festgestellt, dass hier die Musterraum-DIN voll zuschlägt. Die Begeisterung der Beschäftigten hält sich in Grenzen. Keine Parkplätze, weniger Raumangebote, weniger Besprechungsräume. Das wird zumindest auch aus Karlsruhe an uns herangetragen. Ob es dabei Argumente gibt, weil teilweise Mietverhältnisse eher unklar sein könnten? Ob es nicht Räumlichkeiten gibt die bei einer Trennung frei werden? Die Bauplanung an sich ist sicher kein Gerücht. Ob und in welcher Größenordnung man daran festhält ist aber sicher offen. Gut wäre es aber auf jeden Fall, dass man in der Betrachtung was bei Kür und Pflicht erforderlich ist, die Menschen die es betrifft, nicht außen vor lassen sollte.“

Fortsetzung auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ID-Redaktion: Gerücht 4, 280 Mehrstellen statt geplanter 120 Stellen für das 14er-Modell?

Ralf Kusterer: „So ganz einfach ist das ja mit den Stellenberechnungen nicht. Und warum bei einer Übertragung der Aufgaben aus einer Trennung eines Polizeipräsidiums heraus auch das dafür bisher eingesetzte Personal nicht ausreicht, ist so nicht immer so ganz nachvollziehbar. Da gibt es Quoten in den Stäben und vieles anderes mehr. Aber sollte es tatsächlich so sein, wird man vielleicht doch noch über eine Abschaffung der Direktion der Reviere sprechen. Denn glaubt man den Gerüchten aus dem Lenkungsausschuss und dem Projekt wurde die 14er-Lösung priorisiert gewählt. Und wenn der personelle Preis dafür zu hoch gewesen wäre, hätte man eher die Auflösung der Direktion Reviere vorgeschlagen als auf die 14er-Lösung zu verzichten. Aber vielleicht ist auch das nur ein Gerücht?“

ID-Redaktion: Gerücht 5, Es seien Millionen für Trennungsgelder veranschlagt?

Ralf Kusterer: „Das macht sicher dann Sinn, wenn sehr viele Kolleginnen und Kollegen negativ von der Reform und einer Umsetzung mit Ortsveränderung betroffen sind. Zumindest aus Sicht der DPoIG dürfte aber der überwiegende betroffene Teil der Kolleginnen und Kollegen eher nicht von einer großen Ortsveränderung betroffen sein. Und wenn, dann eher von einer positiven Veränderung mit einer deutlichen Zeit- und Streckenersparnis.“

Es sei denn man baut solche Dinge wie Singen und schafft auf einen Schlag zusätzliche persönliche Betroffenheiten. Aber das ist ja auch vielleicht nur ein Gerücht? Allein würden solche *Gerüchte aus der Küche*, wohl eher den Nährstoff für die Bedenken einer *Schlechterrechnung* bieten.“

ID-Redaktion: Zu guter Letzt – Man hat das Gefühl, dass sich einige

Polizeipräsidenten und das Landespolizeipräsidium gegen eine Reform der Reform stellen?

Ralf Kusterer: „Die polizeiliche Basis, die Mitarbeiter/innen, haben seit der Reform immer wieder geäußert, dass sie sich in Ihren Interessen nicht vertreten fühlen. Für viele Polizeibeschäftigte gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen dem, was sie sehen und zu dem, was sie selbst erleben und fühlen. Vielleicht ist das auch Ausfluss dessen, dass die Reform einfach viel zu groß war und die Entfernung vom Polizisten auf der Straße zu den Führungskräften viel zu groß wurde. Was man früher dem namentlich bekannten Polizeibeschäftigten noch erklären konnte, ist in der Anonymität fast unmöglich. Und natürlich gibt es völlig unterschiedliche Wahrnehmungen und Kenntnisse.“

ID-Redaktion: Wenn dem nun so wäre, hätten Sie dafür Verständnis?

Ralf Kusterer: „Ja, ich selbst kann auch die Polizeipräsidenten und die Führung im Landespolizeipräsidium verstehen. Die Polizeireform war gewissermaßen ihr Kind, dem sie mit einem hohen Engagement das Laufen beibrachten.“

Sie waren es auch, die ihre Projektmitarbeiter, ihre Beschäftigten, immer wieder dazu ermuntert haben, den Projektwahnsinn mit einem über dem vertretbaren Maß geforderten Arbeits- und Leistungseinsatz zu stemmen. Und sie erkennen jetzt, oft am Ende ihrer Laufbahn, dass man auf den Trampelpfaden, die man für dieses Kind mühsam ausgetreten hatte, nicht weiter nach Stolperfallen sucht, um diese zu entschärfen, sondern man jetzt damit beginnt, nebenan eine komfortablere Straße zu betonieren, die für die nächsten Jahrzehnte halten soll.“ □



Kurz vor Versand dieses Newsletters erreichte die ID-Redaktion ein Zeitungsbericht, demzufolge die Regierungsfractionen am kommenden Dienstag (20. Juni) über die Ergebnisse beraten wollen. Tags darauf soll in der Koalition eine Entscheidung über das künftige Modell fallen.

ACHTUNG ZEITUNGSENTE:

Schweiz schafft Promillegrenze ab

Absenkung der Promillegrenze lies Unfallquote explodieren

Die 0.5 Promille-Grenze wird in der Schweiz wieder aufgehoben, war in einem Zeitungsartikel zu lesen, welcher jüngst durch die Sozialen Netzwerke tingelte. Eine gesamtschweizerische Studie habe eine starke Zunahme der Unfallhäufigkeit seit Einführung der 0,5 Promille-Grenze ergeben. Insbesondere zu später Stunde und an Wochenenden sei es verstärkt zu Unfällen gekommen. Die Gründe sahen die Experten vor allem darin, dass die Männer sich nicht mehr alkoholisiert ans Steuer setzen, sondern von ihren Frauen abholen lassen...



Unfallgefahr durch neues Schweizer Regelwerk gebannt?, Bild: Pixabay

Die ID-Redaktion ging dieser unglaublichen Meldung, mit noch unglaublicherem Erklärungsansatz, nach und stellte fest, dass es sich um eine sogenannte Fake News handelt. Diese taucht bereits seit über zehn Jahren immer mal wieder auf. □

Drohnen für die Polizei?

Projektgruppe prüft Möglichkeiten des polizeilichen Einsatzes von Drohnen.

Unmanned Aircraft Systems (UAS) - so lautet die technisch korrekte Bezeichnung für „Drohnen“. Angesichts ihrer mannigfachen Einsatzmöglichkeiten kommt auch eine Verwendung als polizeiliches Einsatzmittel in Betracht.

Die Inspektion von Industrieanlagen und Hochspannungsleitungen, das Absetzen von Medikamenten in unwegsamen Gebieten, Schädlingsbekämpfung, sowie die Dokumentation per Bild und Video sind einige ihrer vielen Einsatzmöglichkeiten. Immer mehr Behörden mit Sicherheitsaufgaben nutzen die vielseitigen Luftfahrzeuge als Einsatzmittel. Zum Beispiel zur Aufklärung bei der Brandbekämpfung oder bei der Personensuche.

Die Polizeiführung des Landes entschied sich deshalb für die Einrichtung eines Projektes „UAS-Polizei“. Das IM-LPP hat der praktischen Erprobung zugestimmt und erste Fluggeräte sind bereits im Testbetrieb. Neben einer Vielzahl von möglichen Anwendungssituationen und dem Fliegen auf Sicht, soll auch das Steuern außerhalb des Sichtbereichs geprüft werden.

Bis Ende Juni 2017 soll eine Empfehlung für eine organisatorische Anbindung der „Luftfahrzeugführer



Eine High-Tech-Drohne im Einsatz, Bild: Pixabay

Polizei“ sowie eine Fortbildungskonzeption vorgelegt werden.

Erprobt werden vor allem die Erstellung von Luftbildern von gefährdeten Objekten, Tatorten und Unfallstellen. Ebenso getestet wird die Unterstützung bei der Suche und Fahndung nach Personen/Straftätern, der Aufklärung von komplexen Einsatzlagen sowie die Bildübertragung in die Befehls- und Lagezentren.

Die ID-Redaktion hält die Gedanken und die Entscheidung der Polizeiführung für sehr innovativ und zukunftsorientiert. Auf den weiteren Verlauf, bis hin zur erfolgreichen Bewältigung erster realer Einsatzlagen, sind wir mehr als gespannt. Wer weiß? Eventuell geht es in einem der nächsten Projekte schon um Teleportation ... „Scotty, beamen bitte!“

Quelle: LPP-Info



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist mit 16.000 die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg. Bei den Wahlen zu den Personalvertretungen der Polizei hat sie mit 100.000 Stimmen Vorsprung (175.000 insgesamt) im Hauptpersonalrat der Polizei eine 2/3 Mehrheit erreicht. Die DPoIG stellt mit wenigen Ausnahmen in den meisten Personalvertretungen der Polizeipräsidien und Einrichtungen der Polizei die Mehrheit.